

Pressemitteilung

Weiterhin dramatische Ausfälle bei den Gewerbemieten in Hamburg

- **Gemeinsame Umfrage der wohnungswirtschaftlichen Verbände**
- **Mietenmoratorium nicht verlängern**

Hamburg, 02.07.2020 – Immer mehr Gewerbemieten in Hamburg können infolge der Corona-Pandemie nicht gezahlt werden. Dies ist ein Ergebnis der dritten Mietenumfrage der wohnungswirtschaftlichen Verbände im Hamburger Bündnis für das Wohnen: des BFW Landesverbands Nord, des Grundeigentümer-Verbands Hamburg, des IVD Nord sowie des Verbands norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW).

891 Hamburger Unternehmen sowie private Vermieterinnen und Vermieter beteiligten sich an der Online-Umfrage, die bis Ende Juni 2020 lief. Insgesamt wurden dabei gut 10.000 Gewerbemietverträge erfasst. 1.751 davon sind als Folge der Corona-Pandemie von Zahlungsausfällen betroffen. Mehr als 2.600 Monatsmieten stehen aktuell aus – mit einem zwischenzeitlich aufgelaufenen Betrag von durchschnittlich 2.961 Euro je betroffenem Gewerbemietverhältnis. Besonders stark betroffen sind erwartungsgemäß die Gastronomie und der Einzelhandel.

Hohe Summen, weitreichende Folgen

„Auf dem Gewerbeimmobilienmarkt ist die Lage dramatisch. Wenn ein Wohnungsmieter in finanzielle Not gerät, kann er Wohngeld beantragen. Im Gewerbebereich gibt es kein vergleichbares Instrument. Aber: Wenn hier die Mieten nicht gezahlt werden, stehen oft Kredite des Vermieters in beträchtlicher Höhe auf dem Spiel. Das kann nicht nur für die Vermieter, sondern auch für die Banken weitreichende

Folgen haben“, erklären die wohnungswirtschaftlichen Verbände. Sie fordern deshalb gezieltere staatliche Unterstützung für Gewerbetreibende, die von den Folgen der Corona-Pandemie betroffen sind.

Wohnungsmieten werden zuverlässig gezahlt

Anders ist die Lage bei den Wohnungen. Schon im April und Mai hatte sich gezeigt, dass in diesem Bereich trotz Corona die Mieten überwiegend zuverlässig gezahlt werden. Dies bestätigt die aktuelle Umfrage der Verbände: Mehr als 300.000 Wohnraummietverhältnisse waren in die Untersuchung eingeflossen. Bei weniger als 1 Prozent davon gab es bisher corona-bedingt Zahlungsschwierigkeiten. Im Schnitt beläuft sich der Mietrückstand pro betroffener Einheit seit dem Ausbruch der Pandemie auf 861 Euro.

Eine Fortsetzung des Mietenmoratoriums, wie es heute im Bundestag diskutiert werden soll, lehnen die Verbände ab: „Für die Wohnungsmieterinnen und -mieter brauchen wir offenbar kein Moratorium, weil hier andere Sicherungssysteme greifen. Und den Gewerbetreibenden würde es nichts nützen, weil es das Problem nur in die Zukunft verschiebt. Einer muss am Ende immer zahlen.“

Kontakt:

Landesverbands Nord des Bundesverbands Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW) e. V.

Vorsitzender: Sönke Struck
Geschäftsführerin: Dr. Verena Herfort
Pelzerstraße 5
20095 Hamburg
Tel.: 0 40 / 46 89 777-0
Fax: 0 40 /46 89 777-70
E-Mail: info@bfw-nord.de
Internet: www.bfw-nord.de

Grundeigentümer-Verband Hamburg von 1832 e. V.

Glockengießerwall 19
20095 Hamburg
Vorsitzender: RA Torsten Flomm
Geschäftsführer: RA Ulf Schelenz
Tel.: 040 / 309 67 20
Fax: 040 / 32 13 97

E-Mail: info@grundeigentuemerverband.de
Internet: www.grundeigentuemerverband.de

Immobilienverband Deutschland IVD Region Nord e. V. (IVD Nord)

Büschstraße 12

20354 Hamburg

Vorsitzender: Axel-H. Wittlinger

Geschäftsführer: Christian Karow / Peter-G. Wagner

Pressekontakt: Peter-G. Wagner

Tel.: 040 / 35 75 99 - 0

Fax: 040 / 34 58 95

E-Mail: info@ivd-nord.de

Internet: www.ivd-nord.de

Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen e. V. (VNW)

Tangstedter Landstraße 83

22415 Hamburg

Verbandsdirektor: Andreas Breitner

Geschäftsführerin: Petra Memmler

Pressekontakt: Oliver Schirg

Tel.: 040 / 520 11 - 226

Fax: 040 / 520 11 - 201

E-Mail: schirg@vnw.de

Internet: www.vnw.de